



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 13.09.2018**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:34 Uhr bis 18:57 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Ausschussvorsitzende
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 17:07 Uhr
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 19:15 Uhr
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertretung von Frau Seidel-Jähning
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 18:46 Uhr
Dennis Helmich	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Dr. phil. Jeannette Drygalla	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme ab 16:36 Uhr bis 18:52 Uhr
Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner
Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin
Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin

### **Verwaltung:**

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Jörg Baus	Fachbereichsleiter Bildung
Annerose Winter	Abteilungsleiterin Soziale Hilfen
Dr. Uta Schwarzer	Amtstierärztin, Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung
Stephanie Frohberg	Seniorensozialarbeiterin
Jenny Falke	stellv. Protokollführerin

### **Gäste**

Frau Grummisch	Jobcenter
Herr Willamowski	Allgemeiner Behindertenverband
Herr Titz	Allgemeiner Behindertenverband
Frau Boltze	Frauenschutzhaus

### **Entschuldigt fehlten:**

Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähning	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Norwin Dorn	Seniorenrat
Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner
Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin

## zu **Einwohnerfragestunde**

---

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Haupt** schlug vor den Tagesordnungspunkt 7.2 und 7.4 vorzuziehen.

**Frau Brederlow** regte an den Tagesordnungspunkt 5.3 bis zur Haushaltsberatung zu vertagen.

**Frau Brederlow** informierte weiter, dass die Bezeichnung des Tagesordnungspunktes falsch ist und nur Bildung und Teilhabe heißen muss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Haupt** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Bestätigung der Niederschrift vom 14.06.2018
- 7.2. Bildung und Teilhabe
- 7.4. Vorstellung des Allgemeinen Behindertenverbandes
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Neufassung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses  
Vorlage: VI/2018/03748
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung eines Inklusionsbudgets für Schulen und Kindertagesstätten  
Vorlage: VI/2018/04067

- 5.2. Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Übernahme von Personalkosten für den Stadt seniorenvertretung Stadt Halle e.V.  
Vorlage: VI/2018/04148
- 5.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Hebammenversorgung im Wochenbett  
Vorlage: VI/2018/04163
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht zur Situation der Pflege älterer Menschen in Halle (Saale) – Pflegeinfrastrukturbericht 2017  
Vorlage: VI/2017/03317
- 7.3. Vorstellung aufsuchende Seniorenarbeit
- 7.5. Fachveranstaltung zu Gender und Diversity-Kompetenzen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Verwaltung der Stadt Halle (Saale)
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher

### zu 3 Bestätigung der Niederschrift vom 14.06.2018

---

**Abstimmungsergebnis:**                      **bestätigt**

### zu 7.2 Bildung und Teilhabe

---

*Die Unterlagen sind im Session hinterlegt.*

**Frau Grummisch** führte in das Thema ein.

**Herr Schied** fragte, ob die Lernförderung nur gewährt wird, bei Schwierigkeiten in der Schule.

**Frau Grummisch** sagte, dass die Lernförderung gewährt wird, wenn der Notenspiegel auf eine Gefährdung der Versetzung hinweist.

**Herr Matviyets** fragte, wie hoch die Zahl der Anfragen von zu guten Schülern ist.

**Frau Grummisch** sicherte zu, die Antwort zu dieser Thematik nachzureichen.

**Herr Schied** fragte, ob die Verwaltung an den Veranstaltungen zu Bildung und Teilhabe beteiligt ist.

**Frau Grummisch** sagte, dass da eine gute Zusammenarbeit mit der Stadt erfolgt.

**Frau Winter** sagte, dass auf dem Antrag für Wohngeld ein Hinweis steht, dass Bildung und Teilhabe beantragt werden kann.

**Frau Dr. Schöps** fragte, ob unter den 5534 Antragsstellern mehrmalige Leistungsansprüche gezählt wurden.

**Frau Grummisch** sagte, dass jeder Antragssteller nur einmal erfasst wurde, egal wie viel beantragt wurde.

**Frau Schöps** fragte, ob Bildung und Teilhabe auch für Frühstück und Vesper beantragt werden kann.

**Frau Grummisch** antwortete, dass laut Gesetz Bildung und Teilhabe für ein gemeinschaftliches Mittagessen dient.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### **zu 7.4 Vorstellung des Allgemeinen Behindertenverbandes**

---

**Herr Titz** stellte den Verein vor. Es werden Beratungen im Schwerbehindertenrecht durchgeführt. Mitglieder werden in behindertengerechten Fahrzeugen zu Arztbesuchen gefahren. Der Verein hat zwei Fahrzeuge und benötigt dringend Unterstützung bei der Finanzierung des Personals. Der Verein ist auf die Spendengelder und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Die Aufwendungen für Personalkosten erhöhen sich für das kommende Jahr aufgrund von Tarifanpassungen. Die Transportpreise können nicht erhöht werden, da sonst die Aufträge zurückgehen.

**Herr Titz** sagte, dass es wünschenswert wäre, wenn Anträge vereinfachter gestaltet wären und damit weniger Hürden aufweisen. Des Weiteren sind Anregungen des Behindertenverbandes einen Behindertenbeirat zu gründen und einen Vertreter im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss zu wissen. **Herr Titz** kritisierte den Umgang von Arbeitgebern in Bezug auf die Einstellung von behinderten Menschen. Er sagte, dass körperlich eingeschränkte Menschen trotzdem sehr gut einer nicht körperlichen Arbeit nachgehen können.

**Frau Haupt** bedankte sich für die Vorstellung und die Arbeit des Vereins. Sie sagte, dass nicht alle angesprochenen Themen kommunalpolitisch umsetzbar sind.

**Herr Schachtschneider** sagte, dass eine Personalkostenerhöhung äußerst schwierig ist, im Vereinsleben finanziell abzufedern. Dies sollte zu den Haushaltsberatungen diskutiert werden.

**Frau Brederlow** sagte, dass nur ein bestimmtes Budget verfügbar ist, das verteilt werden kann. Auf verschiedenen Ebenen bei Bund und Land gibt es bereits Gespräche, um aufmerksam zu machen auf verschiedene Probleme. Probleme mit den Zahlungsströmen bei den Krankenkassen werden nochmal geprüft.

**Herr Czock** machte nochmals auf die Barrierefreiheit von öffentlichen Verkehrsmitteln, vor allem bei den Haltestellen aufmerksam. Er sagte, dass die Haltestellen am Markt im hinteren Bereich der Wagen keinen ebenen Ausstieg ermöglichen, sondern eine Stufe.

**Herr Helmich** ergänzte, dass auch die Bushaltestellen betroffen sind.

**Herr Senius** sagte, dass UnternehmerInnen leider noch immer vorurteilsbehaftet sind. Es sollte nicht nur die Quote erfüllt werden, sondern viel mehr. Er bat die Mitglieder der Aufsichtsräte darum, dieses mit in die Gremien zu nehmen und zu fragen, was das jeweilige Unternehmen zur Erfüllung der Quote tut.

**Herr Dr. Wöllenweber** sagte, dass im Rahmen des Stadtbahnprogramms der HAVAG alle Haltestellen bis 2021 barrierefrei umgebaut werden. Er sagte, dass am Marktplatz die Entscheidung der Haltestellen lange diskutiert wurde und man sich für diesen Kompromiss entschied.

**Frau Haupt** fragte, inwieweit es Probleme beim Nachwuchs gibt?

**Herr Willamowski** sagte, dass viele behinderte Menschen erst sehr spät den Verein finden und nutzen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

#### **zu 4      **Beschlussvorlagen****

---

##### **zu 4.1      **Neufassung der Satzung über die Benutzung des städtischen Fraenschutzhauses Vorlage: VI/2018/03748****

---

**Frau Brederlow** brachte die Vorlage ein.

**Herr Schied** fragte, warum eine Gebühr bezahlt werden muss.

**Frau Boltze** antwortete, dass es sich dabei um eine freiwillige Leistung handelt und für diese Gebühren erhoben werden müssen.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Einrichtung sonst nicht kostendeckend finanziert werden kann und auch nicht darf.

**Herr Schachtschneider** stand der Antwort kritisch gegenüber, dass sechs Selbstzahlerinnen aus Halle und eine auswärtige die Finanzierung sichern. Sieben Personen haben bei 73 Unterbringung bezahlt, dies wirkt wie eine große Diskrepanz. Warum sind die Kosten für Hallenserinnen und auswärtige gleich, fragte **Herr Schachtschneider**. Die Stadt Halle ist dann somit die kostengünstigste Kommune.

**Herr Bönisch** fragte, wie relevant ist das Thema der Aufnahmeverweigerung von Müttern mit Kindern, die Stark drogenabhängig sind. Können diese Frauen einfach weggeschickt werden.

**Frau Boltze** antwortete, dass diese Frauen nicht aufgenommen werden können, weil es keine 24 Stunden Betreuung gibt und die Frauen wie in einer Wohngemeinschaft zusammenleben. Die Frauen werden nicht einfach weggeschickt, sondern werden weitervermittelt. Je nach Problem in Einrichtungen für suchtkranke, Krankenhäuser oder psychiatrische Einrichtungen.

**Frau Dr. Drygalla** bat darum, inhaltlich zu entscheiden und nicht ausschließlich nach Zahlen.

**Herr Baus** sagte, dass das Frauenschutzhaus durch Landesmittel mit genau 114.000 Euro gefördert wird und dabei ist eine Bedingung, dass auch auswärtige Bürgerinnen aufgenommen werden müssen.

**Herr Bönisch** fragte, ob die Auflage ist, dass die Frauen zu den gleichen Bedingungen aufgenommen werden müssen.

**Herr Baus** sagte, dass dies nicht im Fördermittelbescheid steht, man aber aufpassen muss, dass niemand diskriminiert wird.

**Herr Helmich** fragte, ob die Gleichstellung der Gebühren einen positiven Effekt auf Frauen aus umliegenden Gemeinden hat.

**Frau Boltze** sagte, dass bei Frauen, die in ein Frauenschutzhaus außerhalb Ihres Wohnortes gehen meistens eine besondere Gefährdungslage vorliegt. In den anderen Frauenschutzhäusern wird ebenso nicht zwischen innerstädtisch oder auswärtig entschieden. Es gibt auch hallesche Frauen, die in einem auswärtigen Haus Hilfe suchen.

**Frau Dr. Drygalla** fragte, wie lange die Frauen aufgrund personeller Probleme und Bauarbeiten abgewiesen werden mussten.

**Frau Brederlow** antwortete, dass die Bauarbeiten drei Monate andauerten und das personelle Problem ab Oktober gelöst ist.

**Frau Boltze** sagte, dass die Frauen in anderen Einrichtungen untergebracht wurden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis SR:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis SKE:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Satzung über die Benutzung des Frauenschutzhauses der Stadt Halle (Saale).
2. Der Stadtrat beschließt die Gebührenordnung zur Satzung über die Benutzung des Frauenschutzhauses der Stadt Halle (Saale).

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1 Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung eines Inklusionsbudgets für Schulen und Kindertagesstätten**  
**Vorlage: VI/2018/04067**

---

**Herr Senius** brachte den Antrag ein.

**Frau Brederlow** sagte, dass es hier um die Schulen geht, denn für die Kitas ist im SGB VIII geregelt, dass bei Bedarfen die Hilfen mit den Trägern ausgehandelt werden. Es muss Haushaltstechnisch geklärt werden, ob Mittel für eventuell anfallende Aufwendungen für Barrierefreiheit eingestellt werden dürfen. Bisher haben die Betroffenen immer eine Unterstützung erhalten.

**Herr Dr. Wöllenweber** sagte, dass er individuelle Lösungen als sinnvoller erachtet.

**Herr Senius** sagte, dass haushaltstechnisch der Finanzausschuss abgewartet werden muss. Er kritisierte den fehlenden Verweis auf die Regelung bei den Kitas in der Stellungnahme der Verwaltung.

**Frau Brederlow** sagte, dass dies im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kita geregelt ist.

**Herr Schachtschneider** sagte, dass viele transportable Maßnahmen im Fokus stehen, jedoch nichts genau bestimmt wurde.

**Frau Dr. Drygalla** schlug vor, den Antrag zu vertagen und genau zu prüfen, welche Punkte wie umsetzbar sind.

**Abstimmungsergebnis SKE:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis SR:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

1. Für individuelle erforderliche Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit in Schulgebäuden und Kindertagesstätten (ohne Förderschwerpunkt), ist für das Haushaltsjahr 2019 ein zusätzlicher Titel im Haushaltsplan einzurichten.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen angemessenen finanziellen Rahmen für die notwendige Höhe dieser individuell einsetzbaren Mittel festzulegen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Systematik zu erarbeiten, nach der die finanziellen Mittel für die individuelle Barrierefreiheit an Schulen und Kindertagesstätten vergeben werden  
Folgende Aspekte sind dabei zu berücksichtigen
  - a. Ablauf des Antrags- und Prüfverfahrens für das jeweilige Haushaltsjahr
  - b. die Art der jeweiligen Maßnahme zur Schaffung von Barrierefreiheit (festinstallierte oder bewegliche bzw. wiederverwendbare Installationen)
  - c. Überprüfung, ob die Installationen zur individuellen Barrierefreiheit im Einzelfall gemietet oder geleast werden können
  - d. zu erwartende Mindestnutzungsdauer einer Installation in der jeweiligen Einrichtung bei festinstallierten Hilfen
  - e. maximaler finanzieller Rahmen pro Installationsmaßnahme
4. Im Haushaltsplan soll gewährleistet werden, dass gegen Ende des Haushaltsjahres nicht verwendete Mittel für niederschwellige Schulinvestitionen und investitionsplanrelevante Herrichtungen von Schulhöfen verwendet werden



5. Über die beabsichtigte Verwendung der bis dahin nicht verwendeten Haushaltsmittel (Beschlusspunkt 3) ist der Stadtrat in der Septembersitzung des jeweils laufenden Haushaltsjahres zu informieren.

**zu 5.2 Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Übernahme von Personalkosten für den Stadtseniorenvertretung Stadt Halle e.V.  
Vorlage: VI/2018/04148**

---

Der Antragsteller vertagte den Antrag.

**Herr Bönisch** sagte, dass eine inhaltliche Stellungnahme wünschenswert wäre.

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Kostenübernahme für die Finanzierung der Geschäftsstelle des Stadtseniorenvertretung e.V. dahingehend anzupassen, dass die Beschäftigung einer Vollzeitstelle (40 h/Woche) mindestens zu Konditionen des Mindestlohns erfolgen kann. Die Finanzierung bei Erhöhungen des Mindestlohniveaus ist entsprechend anzupassen.

**zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Hebammenversorgung im Wochenbett  
Vorlage: VI/2018/04163**

---

**Frau Dr. Drygalla** brachte den Antrag ein.

**Frau Brederlow** sagte, dass dies nicht Aufgabe der Kommune ist, sondern andere Leistungsträger hier gefordert sind. Eventuell würde der Antrag einer Prüfung der Kommunalaufsicht nicht standhalten. Die Praxissuche ist ebenso schwierig, da es sich um Wettbewerbsverzerrung handelt. Jedem selbständigen steht es frei sich Unterstützung beim Dienstleistungszentrum Wissenschaft und Wirtschaftsförderung zu holen. Es handelt sich um ein bundesweites Problem, das keine Kommune heilen kann.

**Herr Dr. Wöllenweber** sagte, dass es sich bei dem Beruf der Hebamme um einen Kammerberuf handelt. Die Gehälter wurden nach dem letzten Hebammentag 17 % angehoben. Eine Kommune kann für die Hebammen keine Praxisräume suchen.

**Herr Bönisch** fragte, was eine Hebamme für die Betreuung der Geburt erhält. Er fragte, wie viel Prozent die 40 Euro darstellen.

**Frau Dr. Drygalla** bat darum diese Frage im Stadtrat zu stellen, da Frau Dr. Brock den Antrag erarbeitet hat.

Sie sagte, dass die 40 Euro eine zusätzliche Leistung sein soll.

**Herr Senius** stand dem Antrag negativ gegenüber. Er sagte, dass dies nicht der optimale Weg ist um den Beruf der Hebamme zu stärken.

**Herr Helmich** sagte, dass diese Versorgungslücke angegangen werden muss und der Antrag der erste Schritt in diese Richtung ist.

**Abstimmungsergebnis SKE:** mit Patt abgelehnt

**Abstimmungsergebnis SR:** mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

1. Ab 01.01.2019 erhält jede außerklinisch tätige Hebamme pro abgeschlossene Wochenbettbetreuung in Halle (Saale) einen Zuschuss in Höhe von 40 Euro. Die Stadtverwaltung kalkuliert dafür ein jährliches Budget und stellt die Mittel in den Haushalt ein.
2. Darüber hinaus unterstützt die Stadt Halle ab 01.01.2019 die Hebammen bei der Praxisraumsuche.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Verwaltungsverfahren für diese Maßnahmen zu erarbeiten.
4. Es wird angeregt, dass die Stadtverwaltung die Zielgruppe mittels geeigneter Medienkanäle über die Unterstützungsleistungen durch die Kommune informiert.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Fraktionen vor.

**zu 7 Mitteilungen**

---

**zu 7.1 Bericht zur Situation der Pflege älterer Menschen in Halle (Saale) –  
Pflegeinfrastrukturbericht 2017  
Vorlage: VI/2017/03317**

---

*Der Bericht ist im Session hinterlegt.*

**Herr Schachtschneider** fragte, ob die schlechten Bewertungen von manchen Pflegeeinrichtungen Konsequenzen nach sich ziehen.

**Frau Brederlow** antwortete, dass die Zuständigkeit da beim Land liegt und vonseiten der Stadt keine Konsequenzen erfolgen.

**Herr Helmich** fragte, ob die Stadt Halle als Modellkommune ins Rennen geht.

**Frau Brederlow** sagte, dass dies derzeit noch nicht möglich ist und Rahmenrichtlinien vom Land fehlen.

### zu 7.3 Vorstellung aufsuchende Seniorenarbeit

---

*Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.*

**Herr Helmich** fragte, wann nicht mit dem Projekt KlingelZeichen zusammengearbeitet werden kann.

**Frau Froberg** antwortete, dass zum Beispiel bei verwaorlosten Menschen, die Ehrenamtlichen von KlingelZeichen überfordert wären. Weiterhin ist die Philosophie von Klingelzeichen, gewinnbringend für alle Beteiligten der Seniorenbesuche zu arbeiten.

### zu 7.5 Fachveranstaltung zu Gender und Diversity-Kompetenzen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Verwaltung der Stadt Halle (Saale)

---

**Frau Wildner** sagte, dass die Mitarbeiter\*innen der Kinder- und Jugendarbeit eine Info-Weiterbildung von drei Stunden, durchgeführt von dem BBZ Lebensart, besuchen werden. Zukünftig soll dies auf weitere Bereiche ausgeweitet werden.

**Frau Dr. Schöps** fragte, ob die Teilnahme freiwillig ist.

**Frau Wildner** sagte, dass die Veranstaltung keine Pflicht, sondern ein Angebot ist und damit auch die richtigen Adressaten erreicht werden.

### zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

#### zu 8.1 Herr Helmich zum Prostituiertenschutzgesetz

---

**Herr Helmich** fragte, ob es neue Informationen zum Prostituiertenschutzgesetz gibt.

**Frau Brederlow** antwortete, dass dieses Thema im Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten passender wäre und die Fragen im Stadtrat beantwortet werden, da dort bereits andere zu diesem Thema vorliegen.

### zu 9 Anregungen

---

## zu 9.1 Themenspeicher

---

**Herr Schachtschneider** regte an, im Oktober weniger Themen zu behandeln, da der Haushalt bereits sehr umfangreich ist.

## zu 9.2 Frau Hintz zum Jahresbericht der Stadt Nürnberg

---

**Frau Hintz** verwies auf den Jahresbericht der Stadt Nürnberg und sagte, dass in diesem Aufgaben und Erfolge gut dargestellt sind.

**Frau Haupt** beendete den öffentlichen Teil.

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Jenny Falke  
stellv. Protokollführerin